

Vorvertrag für Sportplatz-Deal

HFA und Parlament wollen heute abschließend beraten

Das Königsteiner Parlament entscheidet heute über den Abschluss eines Vorvertrags über den Verkauf des Schneidhainer Sportplatzes. Zuvor tagt noch einmal der Haupt- und Finanzausschuss (HFA). Es geht um die Vertragsinhalte.

■ Von Stefan Jung

Königstein. Wenn heute um 18 Uhr der Haupt- und Finanzausschuss noch einmal im Kleinen Saal des Falkensteiner Bürgerhauses zusammentritt, um über den Vorvertrag zum Verkauf des Schneidhainer Sportplatzes zu beraten, wird die Sitzung zwar in aller Öffentlichkeit begonnen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass schon mit dem ersten Tagesordnungspunkt die Zuhörer aus dem Saal gebeten werden.

Darauf deutet zumindest der Diskussionsverlauf bei der

jüngsten Sitzung des HFA hin. Hier hatten die Parlamentarier zwar noch im öffentlichen Rahmen über das wichtige Thema diskutiert, um damit auch den interessierten Zuhörern nichts vorenthalten zu lassen.

Den Eiertanz, den die HFA-Mitglieder bei der Nennung des Investoren-Namens und Vertragsinhalten jedoch hinlegen mussten, werden sie sich heute wohl ersparen wollen. Entsprechende Wünsche wurden bereits im Gremium geäußert. Schließlich sollen heute die Details des Vertrages festgezurrt werden. In solchen Fällen war in der Vergangenheit auch schon bei anderen Grundstücksgeschäften die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden.

Ob das auch für die Stadtverordnetenversammlung gilt, die sich um 19.30 Uhr im großen Saal des Bürgerhauses anschließt? Es würde überraschen, wenn die Parla-

mentarier – vor allem die, die gegen die große Lösung sind – die Gelegenheit zur Diskussion um den Abschluss des Vorvertrages ungenutzt verstreichen lassen. Es ist wohl die letzte Sitzung eines städtischen Gremiums vor der Kommunalwahl, in der noch einmal die Positionen pro und contra Sportplatzverkauf öffentlichkeitswirksam ausgetauscht werden können.

Aufsicht eingeschaltet

Derweil lässt auch die Initiative „Pro Schneidhain“ in ihrem Kampf gegen die große Lösung nicht locker. So teilte die Initiative jetzt mit, dass sie die Kommunalaufsicht beim Hochtaunuskreis gebeten habe, zu prüfen, ob bei der Anbahnung des Grundstücksgeschäfts durch die Stadt „ein Verstoß gegen geltendes Vergaberecht vorliege“. Bei „Pro Schneidhain“ glaubt man einen „Rechtsbruch“ erkennen zu können. Sollte der sich be-

stätigen, so Sprecherin Runa Hammerschmitt, „könnten inzwischen getätigte Rechtsgeschäfte – auch der Vorvertrag – rückgängig gemacht werden“.

Vom Hochtaunuskreis wurde der Eingang des Ersuchens von „Pro Schneidhain“ gestern bestätigt. Die Kommunalaufsicht, so Pamela Ruppert, Sprecherin des Kreises, habe die Prüfung aufgenommen. Eine dafür erforderliche Stellungnahme der Stadt Königstein werde angefordert.

Aus Sicht von Bürgermeister Leonhard Helm (CDU) sind die Spekulationen um Verstöße gegen das Vergaberecht unbegründet. In der jüngsten Sitzung des HFA hatte Helm betont, dass eine Ausschreibung nicht erfolgt sei. Dies allerdings, so Helm, sei aus Sicht der Stadt auch nicht nötig gewesen, da der in Rede stehende Betrag den dafür erforderlichen Schwellenwert nicht erreicht habe.